



ARBEITSGRUPPE INFRASTRUKTUR & INTEROPERABILITÄT

Protokoll zur Arbeitsgruppensitzung vom 19. Dezember 2018



Dipl.-Ing. Dominik Klauser, BSc.

Wien, 21. Dezember 2018

ZEIT & ORT

DatumMittwoch, 19. Dezember 2018

Zeit10:00 bis 12:00

Ort.....Bundesministerium für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort
 Vordere Zollamtsstraße 5, 1030 Wien
 Zimmer 306

AGENDA

Die Tagesordnung umfasst folgende Inhalte:

#	I, D, B ⁽¹⁾	Tagesordnungspunkt	Anmerkungen
---		Eröffnung <i>Klauser</i>	
1	I	E-Government Reference Server *neu* & Konsolidierung/Migration der bisherigen Arbeitsergebnisse <i>Hartmann/Klauser</i>	
2	I/D	GeoGovernment - Projektantrag <i>Hartmann</i>	
3	I/B/D	Kerndaten-Verordnung zum BVergG 2018 <i>Sigmund</i>	
4	B	Elektronischer Identitätsnachweis (E-ID) <i>Klauser</i>	
5	D	Behördendatenbank - Aktualisierung <i>Hartmann</i>	
6	B	Zentrale IT-Services <i>Klauser</i>	
7	B	bPK: Fremdschlüssel-Verwaltung <i>Tauber/Klauser</i>	

8	B	Registerharmonisierung & -vernetzung <i>Klauser</i>	
9	I/B/D	Formular-Metadaten als Open Data <i>Hartmann/Hirt</i>	
10	I	Internationales <i>Klauser</i> (1) National Interoperability Framework Observatory (NIFO): Baseline Data Collection	
---		Allfälliges	
---		Sitzungsende <i>Klauser</i>	

⁽¹⁾...Information, Diskussion, Bericht

INHALTE & BESCHLÜSSE

Nachfolgend werden die wesentlichen Sitzungsinhalte pro Tagesordnungspunkt festgehalten:

#	I, D, B ⁽¹⁾	Tagesordnungspunkt	Anmerkungen
1	I	E-Government Reference Server *neu* & Konsolidierung/Migration der bisherigen Arbeitsergebnisse <i>Hartmann/Klauser</i>	

Die Arbeiten an der Inbetriebnahme des E-Government Reference Server *neu* nähern sich ihrem Abschluss. Dementsprechend sind in den vergangenen Wochen verstärkt Überlegungen zu verschiedenen Aspekten der Übernahme der bestehenden Daten auf die neue Plattform angestellt worden. Demnach soll die Migration nicht nur dazu genutzt werden, eine Neuklassifizierung der bestehenden Arbeitsergebnisse nach den neuen Dokumentenklassen vorzunehmen („verbindlich“ und „ergänzend“), sondern auch als Anlass, um allenfalls nicht mehr aktuelle Unterlagen zu aktualisieren.

Zu diesem Zweck wurde im November 2018 ein im Komplex der Verfahrensvernetzung thematisch angesiedelter „Pilot-Workshop“ abgehalten, in dessen Rahmen die bisherigen Arbeitsergebnisse aus diesem Bereich als Vorbereitung auf die anstehende Migration aktualisiert und konsolidiert wurden.

Analog zu diesem Format (gebündelte Bearbeitung, erster Überarbeitungsentwurf ergeht im Vorfeld des Workshops an dessen Teilnehmer, abschließende Diskussion im Rahmen des Workshops, im Nachgang: zeitnahe Finalisierung) sollen auch entsprechende Termine zur Aktualisierung bestehender Arbeitsergebnisse aus anderen Themenkreisen abgehalten werden.

Der Zugang zur Produktivinstanz des E-Government Reference Server *neu* im Wege des Portalverbundes ist bereits möglich (Ansprechperson bei der Stadt Wien ist Fr. Nina Neuberger, die Anwendungsdokumentation ist im Portalverbundanwendungsinformation - kurz: PAI - ersichtlich [PAI]).

Beschluss: Die Information wird zur Kenntnis genommen. Die Übersicht über den Vorschlag zur Klassifizierung der bisherigen Arbeitsergebnisse aus dem Workshop vom 31. Jänner 2018 wird den Sitzungsunterlagen mit der Bitte um Feedback/Änderungswünsche durch die Arbeitsgruppe beigelegt.

Auf Grundlage dieser Klassifizierung erfolgt schließlich die Feststellung des Aktualisierungs- bzw. Konsolidierungsbedarfes. Allfällige Termine für eine Überarbeitung/Konsolidierung einzelner Arbeitsergebnisse aus der AG-II werden schließlich Anfang 2019 organisiert.

#	I, D, B ⁽¹⁾	Tagesordnungspunkt	Anmerkungen
2	I/D	GeoGovernment - Projektantrag <i>Hartmann</i>	

Anfang 2017 wurde von den Bundesländern im Rahmen der E-Government Länderarbeitsgruppe (kurz: LAG) ein Koordinierungsbedarf im Bereich GeoGovernment festgestellt. Unter GeoGovernment kann in Anlehnung an den Begriff „E-Government“ das IT-gestützte Verwaltungshandeln verstanden werden, bei dem der Raumbezug eine besondere, wesentliche, wichtige, strukturierende und/oder ordnende Rolle spielt.

Durch die Erarbeitung eines gemeinsamen Positionspapiers sollen Einzelaktivitäten in diesem Bereich aufeinander abgestimmt und Synergien erzielt werden. Ein aktueller Entwurf des Positionspapiers kann den Sitzungsunterlagen entnommen werden.

Die Harmonisierungsbemühungen dieser überwiegend von den Bundesländern getriebenen Initiative sollen nunmehr ausgeweitet und breiter diskutiert werden. Zu diesem Zweck soll im Wege der Arbeitsgruppe „Infrastruktur & Interoperabilität“ das Projekt auf BLSG-Ebene gehoben werden, um verstärkt auch Bundeseinrichtungen in den Prozess einzubinden.

Beschluss: Der Projektantrag zur Erarbeitung eines gemeinsamen Positionspapiers wird im Vorfeld der nächsten AG-Leiter-Runde bereitgestellt (verantwortlich: Stadt Wien).

Nach Beschlussfassung im Plenum der AG-Leiter-Sitzung wird der (vor-)abgestimmte Projektantrag den Ressorts im Wege des IKT-BUND-Verteilers mit der Bitte um Beteiligung zur Kenntnis gebracht. Ebenso erfolgt eine Aussendung mit der Einladung zur Mitwirkung am gegenständlichen Vorhaben an den Verteiler der AG-II.

In weiterer Folge wird der nächste Termin zum Schwerpunkt GeoGovernment im März 2019 bereits im erweiterten Projektkontext organisiert.

#	I, D, B ⁽¹⁾	Tagesordnungspunkt	Anmerkungen
3	I/B/D	Kerndaten-Verordnung zum BVergG 2018 <i>Sigmund</i>	

Mit der Konvention „Offene elektronische Kerndaten über Vergabeverfahren“ (kurz: OeKV, [OeKV]) wurde ein flexibles Modell zur Vereinfachung des Zugangs zu Informationen über öffentliche Auftragsvergaben auf Grundlage von Open Data-Mechanismen entwickelt, das u.a. im Bundesvergabegesetz 2018 (kurz: BVergG 2018, [BVergG]) aufgegriffen wurde.

Mit der zugehörigen „Kerndaten-Verordnung“ [KVO] wurden nunmehr die bislang ausständigen Details zur Einbringung der Kern- und Metadaten festgelegt: Demnach ist für die gesetzlich vorgesehene Bereitstellung der Metadaten neben der unmittelbaren Pflege in data.gv.at auch eine Einbringung im Wege des Unternehmensservice-Portals [USP] vorgesehen. Die zu diesem Zweck geschaffene Lösung wird vom BMDW im gegenständlichen Tagesordnungspunkt vorgestellt – die entsprechenden Präsentationsunterlagen finden sich in den Sitzungsunterlagen.

Beschluss: Die Information wird zur Kenntnis genommen. Die OeKV-Konvention wird im Rahmen der Migration der Arbeitsergebnisse auf den E-Government Reference Server *neu* aktualisiert (dies betrifft insbesondere die Aufnahme der Komponente „Kerndatenquelle“ in das Konzept).

#	I, D, B ⁽¹⁾	Tagesordnungspunkt	Anmerkungen
4	B	Elektronischer Identitätsnachweis (E-ID) <i>Klauser</i>	

Die Arbeiten an der „nächsten Generation“ der nationalen elektronischen Identität, dem sogenannten elektronischen Identitätsnachweis (kurz: E-ID), sind nach einer restrukturierungsbedingten Verzögerung im Sommer/Herbst diesen Jahres wieder voll angelaufen.

Der E-ID wird unter Federführung des BMDW und des BMI umgesetzt. Die Lösung greift die Basisarchitektur der bestehenden österreichischen Bürgerkarte bzw. Handy-Signatur auf und entwickelt diese punktuell weiter - insbesondere im Hinblick auf die Aktivierungs-/Freischaltungsprozesse, den Transport von Registerdaten (Attributen), sowie die Optimierung der Nutzbarkeit im Mobile Government-Kontext (Authentifizierung in Apps).

Die Entwicklung und Umsetzung des E-ID erfolgt weiterhin in enger Abstimmung mit den Ressorts und den Bundesländern und Gemeinden. Zu diesem Zweck erfolgt die Kommunikation von Informationen über den jeweils aktuellen Umsetzungsstatus sowie die Abwicklung der Abstimmungsprozesse über die bereits etablierte Koordinationsrunde (letzter Sitzungstermin 21. März 2017).

Die erforderlichen rechtlichen Rahmenbedingungen für den E-ID wurden bereits mit der Novelle des E-Government-Gesetzes vom 17. Mai 2018 geschaffen.

Für dieses überarbeitete Identifizierungssystem des E-ID wird für das Jahr 2019 eine Notifizierung nach eIDAS-VO [eIDAS] als österreichische eID-Lösung angestrebt. Dadurch wird eine Nutzbarkeit des E-ID im Rahmen von Diensten und Anwendungen anderer EU-Mitgliedstaaten ermöglicht.

Weitere Details zur Architektur des E-ID können den Sitzungsunterlagen entnommen werden.

Beschluss: Die Information wird zur Kenntnis genommen.

#	I, D, B ⁽¹⁾	Tagesordnungspunkt	Anmerkungen
5	D	Behördendatenbank - Aktualisierung <i>Hartmann</i>	

Vertreter von Bund und Ländern haben in einer Reihe von Gesprächen ein Konzept für die Bereitstellung und den Austausch von Behördenadressen entwickelt:

Das Konzept sieht eine Bereitstellung von Behördenadressen durch die betroffenen Verwaltungseinheiten nach Open Data-Prinzipien im Wege von DATA.gv.at vor. Die auf diese Weise von den Ländern bereitgestellten Adressinformationen werden von HELP.gv.at aufgegriffen bzw. verarbeitet und wiederum als gebündelter Gesamtdatensatz, ebenfalls via DATA.gv.at, zum Abruf angeboten.

Das zugehörige Konzept-Papier (inkl. allgemeiner Festlegungen, Beschreibung des Austauschformates, etc.) wurde per 23. Dezember 2017 formal als Konvention am E-Government Reference-Server publiziert [VWA].

Nunmehr wurde von der Stadt Wien Aktualisierungsbedarf angemeldet.

Beschluss: Der Tagesordnungspunkt wird auf die nächste Sitzung der Arbeitsgruppe „*Infrastruktur & Interoperabilität*“ vertagt.

#	I, D, B ⁽¹⁾	Tagesordnungspunkt	Anmerkungen
6	B	Zentrale IT-Services <i>Klauser</i>	

Beschluss: Der Tagesordnungspunkt wird auf die nächste Sitzung der Arbeitsgruppe „*Infrastruktur & Interoperabilität*“ vertagt.

#	I, D, B ⁽¹⁾	Tagesordnungspunkt	Anmerkungen
7	B	bPK: Fremdschlüssel-Verwaltung <i>Tauber/Klauser</i>	

Die Verwaltung von Schlüsseln zur Bildung von Fremd-bPK bei der Stammzahlenregisterbehörde (kurz: SZRB) – spricht: von eindeutigen Personen-Identifikatoren aus Bereichen abseits des eigenen Verwaltungsbereiches nach Bereichsabgrenzungsverordnung – erfolgte bislang u.a. auf Grundlage des Verwaltungskennzeichens (kurz: VKZ) jener Verwaltungseinheit, die den Betrieb des entsprechenden Dienstes bzw. der Anwendung verantwortet.

Da sich diese Abhängigkeit zwischen VKZ und Schlüssel als durchaus problematisch erweisen kann (z.B. im Falle von Ressort-Umbildungen, die mit einer Änderung der VKZ einhergehen; was damit dzt. auch eine Änderung in den angebotenen technischen Systemen zur Folge hat), soll zusätzlich ein „Service-Identifizier“ als zusätzlicher (Sekundär-)Schlüssel eingeführt werden, der eine Verknüpfung von Fremdschlüsseln auf Service-Basis (z.B. elektronische Zustellung) ermöglicht.

Beschluss: Die Information wird zur Kenntnis genommen.

#	I, D, B ⁽¹⁾	Tagesordnungspunkt	Anmerkungen
8	B	Registerharmonisierung & -vernetzung <i>Klauser</i>	

Die Aktivitäten zur Registerharmonisierung & -vernetzung kamen zuletzt kaum voran. Nach Eskalation auf BLSG-Ebene wurden Versuche unternommen einzelne Optimierungsmaßnahmen direkt zwischen den Betroffenen abzuwickeln – mit mäßigem Erfolg.

Im Sommer/Herbst diesen Jahres sind seitens BMDW neuerlich Maßnahmen zur Optimierung der österreichischen Registerlandschaft gestartet worden: Durch die Umsetzung eines „*Register- und Systemverbundes*“ soll ein einheitlicher Zugang zu Registern nach Vorbild des estnischen X-Road-Modells geschaffen werden.

Der „*Register- und Systemverbund*“ soll mittelfristig die Basisinfrastruktur zur umfassenden Vernetzung der einzelnen Register sowie einen einheitlichen Anknüpfungspunkt für die Kommunikation mit Fachanwendungen und sonstigen Diensten und Applikationen bilden.

Im Wege des Verbundes können sowohl Lese- als auch Schreibzugriffe über standardisierte Schnittstellen durchgeführt werden.

Der „*Register- und Systemverbund*“ bildet sowohl die Grundlage für die Anlieferung von Attributen im Kontext des E-ID als auch für die Umsetzung des Once-Only-Prinzips in der österreichischen Verwaltung.

Weitere Details zum Modell des „*Register- und Systemverbundes*“ können den Sitzungsunterlagen entnommen werden.

Beschluss: Die Information wird zur Kenntnis genommen.

#	I, D, B ⁽¹⁾	Tagesordnungspunkt	Anmerkungen
9	I/B/D	Formular-Metadaten als Open Data <i>Hartmann/Hirt</i>	

Zur einfacheren Auffind- und Verwertbarkeit sollen Online-Formulare von Verwaltungseinheiten zukünftig mittels Open Data-Mechanismen gebündelt zugänglich gemacht werden.

Technische Details zu diesem von der Arbeitsgruppe „*Präsentation & Standarddaten*“ initiierten Vorhaben (z.B. XML-Schema zur technischen Repräsentation der Formular-Metadaten) werden in einer entsprechenden Konvention formalisiert. Der aktuelle Entwurf dieser Konvention kann den Sitzungsunterlagen entnommen werden.

Beschluss: Die Information wird zur Kenntnis genommen. Die Konvention soll in den kommenden Wochen vervollständigt und verfeinert werden, bevor diese schließlich als Ergebnis der Arbeitsgruppe zur Beschlussfassung gelangt.

#	I, D, B ⁽¹⁾	Tagesordnungspunkt	Anmerkungen
10	I	Internationales <i>Klauser</i> (1) National Interoperability Framework Observatory (NIFO): Baseline Data Collection	

Unter dem gegenständlichen TOP präsentiert das BMDW eine Zusammenfassung über die im Zusammenhang mit der AG-II relevanten Aktivitäten auf internationaler Ebene:

Ad (1): Die Europäische Kommission (EK) lud die „NIFO-Representatives“ der einzelnen Mitgliedstaaten (MS) am 28. September 2018 zu einem Workshop in dessen Zentrum die zukünftigen Reporting- und Monitoring-Mechanismen zur Feststellung und laufenden Beobachtung des innerstaatlichen Umsetzungsstatus des Europäischen Interoperabilitäts-Frameworks (EIF) stand.

Die EK beabsichtigt für die Abschätzung des Umsetzungsfortschrittes der MS in Hinkunft zwei grundlegende Indikatoren heranzuziehen: Das ist zum einen ein sogenannter Primärindikator, der sich aus Angaben, die von den MS im Wege eines Fragebogens erhoben werden, speist. Und zum anderen handelt es sich dabei um Daten und Erkenntnisse, die aus bereits bestehenden Statistiken, Berichten, Benchmarks, Factsheets u.ä. für die Zwecke des NIFO wiederverwertet werden (Sekundärindikator).

Daneben berichtet die EK im Rahmen des Workshops über von der EK erdachte Konzepte, die die MS bei der Umsetzung des EIF zusätzlich unterstützen sollen: „EIF Ambassadors“, „Training Materials“ sowie die „EIF Implementation Toolbox“.

Beschluss: Die Information wird zur Kenntnis genommen.

#	I, D, B ⁽¹⁾	Tagesordnungspunkt	Anmerkungen
---		Allfälliges <i>Klauser</i>	

Es wurden keine allfälligen Inhalte eingebracht.

Beschluss: ---

FOLGETERMIN

Die nächste Sitzung der Arbeitsgruppe *Infrastruktur & Interoperabilität* wird am Mittwoch, den 27. Februar 2018, von 10:00 bis 12:00 Uhr stattfinden.

Die Einladung zur Sitzung ergeht spätestens zwei Wochen vor Sitzungstermin an die Mitglieder der Mailingliste ag-ii@labs.cio.gv.at.

REFERENZEN

[OeKV] E-Government Reference-Server: Offene elektronische Kerndaten über Vergabeverfahren (OeKV). <https://www.ref.gv.at/AG-II-Architektur-OeKV-1-0.3378.0.html>. 2018-12-13.

[BVergG] Rechtsinformationssystem des Bundes (RIS): Bundesvergabegesetz 2018 (BVergG 2018). <https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=20010295>. 2018-12-21.

[KVO] Rechtsinformationssystem des Bundes (RIS): Kerndaten-Verordnung (Kerndaten VO). <https://www.ris.bka.gv.at/Dokument.wxe?ResultFunctionToken=99566cd3-1da9-4f00-beec-9b45063dd778&Abfrage=Begut&Titel=&Einbringer=&DatumBegutachtungsfrist=&ImRisSeitVonDatum=&ImRisSeitBisDatum=&ImRisSeit=Undefined&ResultPageSize=50&Suchworte=&Dokumentnummer=BEGUT COO 2026 100 2 1564875>. 2018-12-21.

[USP] Bundesministerium für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort: Unternehmensservice-Portal. <http://www.usp.gv.at>. 2018-12-13.

[PAI] E-Government Reference-Server: Portalverbund: Betriebshandbücher (Login erforderlich). <https://www.ref.gv.at/Kundmachungen.2344.0.html>. 2018-12-21.

[VWA] E-Government Reference-Server: Bereitstellung von Verwaltungsadressen (BVV). <https://www.ref.gv.at/AG-II-Architektur-BVV-1-2.3511.0.html>. 2018-12-13.

[eIDAS] EUR-LEX: Verordnung (EU) Nr. 910/2014 über die elektronische Identifizierung und Vertrauensdienste für elektronische Transaktionen im Binnenmarkt und zur Aufhebung der Richtlinie 1999/93/EG, ABl. Nr. L 257/73 vom 28. August 2014 (eIDAS-VO). <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32014R0910&rid=1>. 2016-11-25.

ÄNDERUNGSHISTORIE

Nachfolgende Tabelle zeigt den Verlauf an inhaltlichen Änderungen am vorliegenden Dokument, inkl. Änderungsdatum, Autor und Details zu den geänderten Komponenten.

#	Datum	Details	Autor
1.0	21.12.2018	Initialentwurf	<i>Dominik Klauser</i>